

In unsere gemeinsame Zukunft investieren

Der Haushalt der Europäischen Union



Diese Broschüre und andere Kurzinformationen zur EU finden Sie online unter:
ec.europa.eu/publications

Europäische Kommission
Generaldirektion Kommunikation
Veröffentlichungen
B-1049 Brüssel

Manuskript abgeschlossen im November 2006
Umschlaggestaltung: © Workbook Stock/Van Parys Media

Bibliografische Angaben finden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2007

ISBN 92-79-02840-5

© Europäische Gemeinschaften, 2007

Nachdruck gestattet

Printed in Belgium

GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER

In unsere gemeinsame Zukunft investieren

Der Haushalt der Europäischen Union



Inhalt

Die Zukunft gemeinsam gestalten	3
Weniger Hürden	5
Konkrete Fortschritte	7
Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Zusammenhalt	9
<i>Wie funktioniert der EU-Haushalt?</i>	12
Die Bedeutung der Forschung	15
Schutz unserer natürlichen Umwelt	17
Bürgerinnen und Bürger Europas	19
Globale Verantwortung	21
Mehr zum Thema	22

Die Zukunft gemeinsam gestalten

Die EU beeinflusst unser Leben auf eine Art und Weise, die wir inzwischen als selbstverständlich erachten. So erwarten wir günstige Flugtarife, niedrigere Telefongebühren, Einsparungen beim Pkw-Kauf und uneingeschränkte Bewegungsfreiheit fast überall in Europa. Auch verdanken wir der EU eine sauberere Umwelt, sicherere Lebensmittel, das Recht auf Gesundheitsversorgung bei Reisen und eine einheitliche Währung für fast zwei Drittel der EU-Bürgerinnen und -Bürger.

Ein Großteil dieser Errungenschaften beruht auf Größenvorteilen und Effizienzsteigerungen, die aus der Zusammenlegung von Ressourcen resultieren und darauf ausgerichtet sind, mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen und unseren Lebensstandard auch für künftige Generationen aufrechtzuerhalten.

Mit ihrem Haushalt finanziert die EU den Bau von Straßen, Eisenbahnlinien, Brücken, Flughäfen, Wasserwegen, Stromleitungen und Pipelines; sie unterstützt die Informationsgesellschaft und die kulturelle/sprachliche Vielfalt; sie stellt Mittel zur Schulung von Arbeitslosen und Schaffung von Arbeitsplätzen bereit; sie bekämpft Diskriminierungen und setzt sich für behinderte Menschen ein; sie fördert

die Dynamik der regionalen Wirtschaft; sie finanziert Forschungsarbeiten auf unterschiedlichen Gebieten (z. B. Kinderkrankheiten, natürlicher Lebensraum, gefährliche Chemikalien, sichere Lebensmittel, umweltfreundlichere Fahrzeuge, neue Energiequellen, Sicherheit auf See); sie fördert den Austausch von Studierenden und Jugendlichen; sie finanziert die städtebauliche Erneuerung; sie unterstützt die Gründung und Entwicklung von Kleinunternehmen; sie stellt Mittel zur Erhaltung des Friedens, für humanitäre Hilfe und zur Grenzsicherung bereit; sie intensiviert die Beziehungen zu den EU-Nachbarländern im Süden und im Osten; und sie betreibt Entwicklungshilfe für Dritte-Welt-Länder.

Angesichts eines Kostenfaktors von ca. 270 EUR pro Bürgerin und Bürger und ca. 1 % des EU-Volkvermögens jährlich kann man sagen, dass sich die Investition in unsere Zukunft lohnt.

Slowenien hatte als erstes Land Euro-Münzen, auf denen die erweiterte EU abgebildet war.



e 378

Unterstützung beim Umstieg auf bleifreie Elektronik

Die Verwendung von Blei in elektronischen Geräten wurde durch die EU-Vorschriften stark eingeschränkt. Daran zeigt sich das Engagement der EU für hohe umwelttechnische Normen, die auf einen einheitlichen Schutz aller Unionsbürgerinnen und -bürger und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen abstellen.



Das deutsche Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie wurde mit finanziellen Mitteln aus dem EU-Umweltprogramm LIFE unterstützt, um Präsentationen und Schulungen über bleifreie Techniken (z. B. zum Löten) bei der Baugruppenfertigung abzuhalten und dadurch Herstellern bei der Entwicklung und Erprobung bleifreier Alternativen zu helfen.

Dieses Vorhaben hat vor allem für kleine und mittlere Elektronikbetriebe Vorteile, da es die Umstellung auf bleifreie Fertigungsmethoden und die dafür erforderliche Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Einbußen der Produktivität ermöglicht. Dabei haben die Unternehmen die Möglichkeit, ihre eigenen Produkte und Muster mitzubringen und im Institut einem Vergleichstest zu unterziehen, bevor sie sich für ein bestimmtes Verfahren entscheiden.

Bleifreies Löten in Erfüllung der EU-Umweltvorschriften.

Die Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe ist ein Schwerpunkt der EU-Politik, denn sie machen über 90 % der europäischen Unternehmen aus. Wenn man für diese Betriebe bessere Rahmenbedingungen schafft, werden sich positive Auswirkungen auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Wachstum ergeben.

Weniger Hürden

Wo die Grenzen immer noch ein Hindernis darstellen, ist es oft am besten, diese EU-weit abzubauen. Dies gilt für so unterschiedliche Bereiche wie nationale Produktnormen, Verkehrsnetze, Forschung und Verbrechensbekämpfung. Ein gemeinsamer europaweiter Forschungsraum oder ein europäischer Haftbefehl beispielsweise sind besser als punktuelle Maßnahmen der Zusammenarbeit zwischen einigen wenigen Ländern.

Hierbei werden häufig auch die EU-Nachbarländer mit einbezogen. In erster Linie muss jedoch die EU selber in der Lage sein, sich auf einen einheitlichen Ansatz zu einigen. Die Anerkennung der Vorteile des freien

Personen-, Waren- und Kapitalverkehrs und der gemeinsamen gesellschaftlichen und kulturellen Werte, bei gleichzeitiger Wahrung der kulturellen Vielfalt, spielt dabei eine wesentliche Rolle.

Bevor die EU jedoch Maßnahmen ergreift, werden die Gründe und die Kosten eingehend von unseren gewählten Vertreterinnen und Vertretern vom Europäischen Parlament und vom Ministerrat der Europäischen Union überprüft. Dabei gilt der Grundsatz, dass Ausgaben der EU nur dann gerechtfertigt sind, wenn damit ein besseres Ergebnis als durch nationale Investitionen erzielt werden kann.



Züge in Tallinn – eine Station der Baltischen Eisenbahn, die dank EU-Fördermitteln bald Helsinki mit Berlin verbinden wird.

Ländliche Gemeinden erhalten

Seit mehreren hundert Jahren leben die Bewohner von Grimsay – einer Insel zwischen Nord-Uist und Benbecula vor der Westküste Schottlands – von der Fischerei, die ihrerseits wiederum vom lokalen Schiffbau abhängt. Dieser Industriezweig war jedoch vom Niedergang bedroht, bis er durch Mittel aus dem EU-Programm Leader+ unterstützt wurde. Ziel dieses Programms ist die Verbesserung der Lebensqualität und der wirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Gemeinden.

Mit Hilfe der bereitgestellten Mittel wurde das „Grimsay Boatshed Trust“-Ausbildungsprojekt ins Leben gerufen und auf den Namen *An t-ionnsachadh Og* getauft. Dieser Name erinnert an ein altes gälisches Sprichwort, das so viel bedeutet wie: „Früh übt sich, wer ein Meister werden will.“

Im Rahmen dieses Projekts absolvierte ein junger Ortsansässiger, Cailean MacAulay, eine Lehre bei einem erfahrenen Schiffbauexperten. Nun gibt er seine Erfahrung im neuen „Boatshed“-Schiffbauzentrum an andere weiter. Hierfür wurde ein neuer zweijähriger Lehrgang für Sekundarschülerinnen und Schüler eingerichtet, der zu einem anerkannten Abschluss führt – dem ersten dieser Art in Schottland.

Der Leiter von „Boatshed“, Ronald Maclean, äußert sich begeistert über das Ausbildungsprojekt: „Es trägt dazu bei, das Erbe der Insel zu bewahren, es bietet jungen Menschen die Möglichkeit, traditionelle Kenntnisse zu erwerben, welche in der heutigen Welt gefragt sind, und es leistet auch wertvolle Dienste für die örtliche Gemeinde. Wir arbeiten gerne mit den jungen Menschen zusammen, weil sie mit Freude bei der Sache sind. Der Schiffbau ist eine anspruchsvolle Tätigkeit, bei der Engagement, Know-how und Konzentration gefragt sind.“



Vermittlung von Kenntnissen im traditionellen Schiffbau an die nächste Generation.

Konkrete Fortschritte

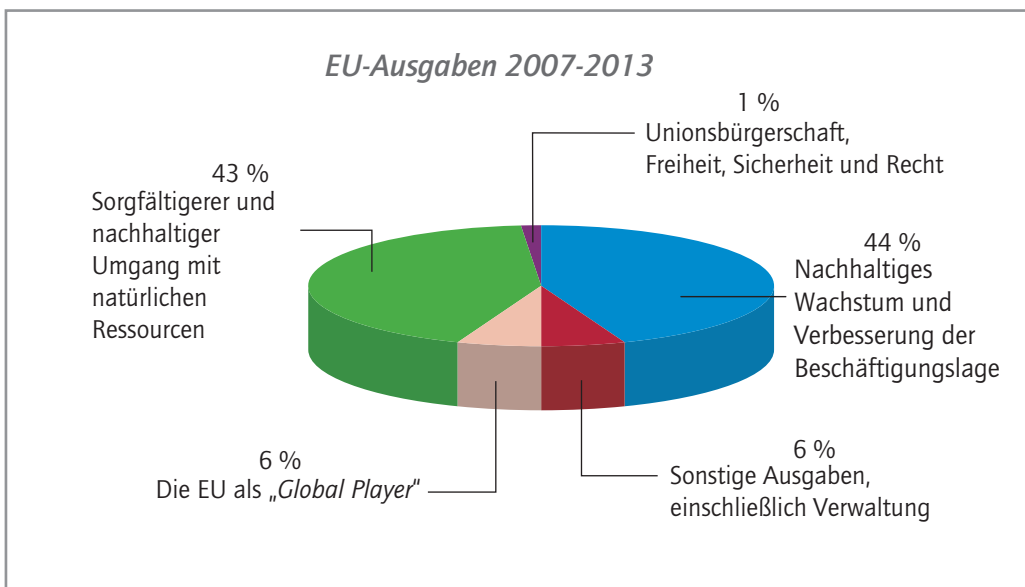
Mit dem Einsatz von EU-Mitteln sollen konkrete Fortschritte erzielt werden. Dabei geht es insbesondere um Folgendes:

- Wachstum und Beschäftigung (gezielte Investitionen zur Stärkung der EU-Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitiger Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten);
- sorgfältigerer und nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen;
- Verbesserung der Lebensqualität aller EU-Bürgerinnen und -Bürger;
- Stärkung der Position der EU als „Global Player“ mit internationaler Verantwortung.

Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln – das Ziel des größten Ausga-

benpakets – ist leichter gesagt als getan. Erfolgreiche Volkswirtschaften unterscheiden sich heutzutage durch ihre Art der Innovationstätigkeit und Wissensverwertung. In diesen Bereichen erbringen jedoch viele EU-Länder unterdurchschnittliche Leistungen.

Die EU muss ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, um Wachstum zu erzielen und Arbeitsplätze zu schaffen. Gleichzeitig gilt das Grundprinzip der Solidarität mit allen Bürgerinnen und Bürgern. Mit anderen Worten: Mehr Wachstum und Beschäftigung und ein hohes Maß an Schutz für Umwelt und öffentliche Gesundheit müssen für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen Vorteile erbringen.



Hightech: In den Fußstapfen von Nicéphore

Die Ursprünge der Fotografie gehen zurück auf die Arbeiten des französischen Staatsbürgers Joseph Nicéphore Niépce in den 1820er Jahren. Geboren wurde er 1765 in der französischen Stadt Chalon-sur-Saône. Nun – über 200 Jahre später – übernimmt diese Stadt wieder eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung neuer bildgebender Technologien.

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung steuerte die Hälfte der Mittel für den Aufbau des Technologieparks *Nicéphore Cité* bei, dessen Hauptzweck darin besteht, Unternehmen zu unterstützen, die sich mit der Entwicklung digitaler Bild- und Tontechnologien und deren Verwendung in traditionellen Industriezweigen befassen.

Der Technologiepark soll zum regionalen Anziehungspunkt für Hightech-Unternehmen aus den unterschiedlichsten Bereichen werden: Automobilindustrie, Luft- und Raumfahrt, Kulturerbe, Gesundheitswesen, audiovisuelle Produkte, Videospiele usw. Kleine Unternehmen können ihre Ideen in *Nicéphore Cité* testen und dann im Rahmen eines „Business-Incubators“ verwirklichen. Außerdem werden sie bei der Patentierung ihrer Erfindungen und bei der Suche nach Partnern für deren Weiterentwicklung unterstützt.

Der Erfolg des Vorhabens ließ nicht lange auf sich warten: Zahlreiche Kleinunternehmen wurden angezogen und sorgten für neue Arbeitsplätze in der Region, unter anderem eines, das den Aufbewahrungsort seiner europäischen Fotoarchive nach Chalon verlegte, und eines, das Beschallungsanlagen für Musikfestivals liefert.

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung bietet Kofinanzierungen für Infrastrukturmaßnahmen, für die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, für lokale Entwicklungsprojekte sowie für Klein- und Mittelbetriebe, mit Schwerpunkt auf Gebieten mit unterdurchschnittlicher wirtschaftlicher Entwicklung.

Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Zusammenhalt

Wettbewerbsfähigkeit und Zusammenhalt sind die Eckpfeiler der EU-Ausgabenplanung, und die entsprechenden Mittel wurden für 2007-2013 um 23 % gegenüber dem letzten Siebenjahreszeitraum aufgestockt.

Der Hauptanteil der für Wettbewerbsfähigkeit und Zusammenhalt verfügbaren 431 Mrd. EUR ist für die regionale und soziale Entwicklung bestimmt. Mit dem Europäischen Regionalfonds wird vor allem der wirtschaftliche Fortschritt gefördert, wobei ein Großteil der Mittel in den Infrastrukturausbau der wirtschaftlich am stärksten benachteiligten Regionen fließt. Der Sozialfonds hingegen investiert in die Menschen. Er stellt bedarfsorientierte Mittel zur Verbesserung der Produktivität, der Arbeitsbedingungen und des Qualifikationsniveaus bereit. Außerdem trägt er zur Förderung der Chancengleichheit bei.

Ein eigener Kohäsionsfonds investiert in die ärmsten Regionen, und zwar insbesondere in Verkehrs-, Energie- und Umweltinfrastrukturprojekte.

Ausbau der Infrastrukturen in Riga: die wichtige Rolle der EU-Fonds.



© JOC REGION

Unterstützung österreichischer Kleinbetriebe

Für viele kleine und mittlere Unternehmen ist es schwierig, Darlehen für eine Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit aufzunehmen, da die Banken das damit verbundene Risiko scheuen. Daher wurden im österreichischen Burgenland – der am wenigsten wohlhabenden Region Österreichs – Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung dazu verwendet, das notwendige Kapital zu mobilisieren.

Der Europäische Regionalfonds tätigt allerdings keine Direktinvestitionen. Die Mittel sind Teil eines „Topfes“, der aus mehreren Quellen gespeist wird, darunter Banken und österreichische Einrichtungen des öffentlichen Sektors. So wurde ein Wagniskapitalfonds geschaffen, der Anteile an Technologieunternehmen erwerben und Kredite gewähren kann. Dabei werden jeweils zwischen 100 000 EUR und 2,5 Mio. EUR investiert.

Ein anderes Unternehmen, das mit Mitteln der Regionalförderung unterstützt wurde, hat sich auf die Vermarktung von Kaffee spezialisiert.

Das Unternehmen bietet in dem burgenländischen „Kaffeekompetenzzentrum und Themenpark“ Kunden und Besuchern die Möglichkeit, die gesamte Wertschöpfungskette rund um das Thema Kaffee zu erfahren und erlernen: vom Kaffeegarten, der Erzeugung von Kaffee und Kaffeemaschinen zur Entwicklung von Konzepten und Schulung von Personal.

Außerdem hat das erfolgreiche Unternehmen seit 1999 eine Franchise-Kaffeehauskette ins Leben gerufen, mit Niederlassungen u. a. in Österreich, Deutschland, Ungarn, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Polen und der Türkei.



Kleinunternehmen im österreichischen Burgenland blühen auf – dank des Regionalfonds.

Gegen Diskriminierung

Etwa 700 000 spanische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger stammen von den Roma ab. Sie bilden eine der größten ethnischen Minderheiten Spaniens, wenngleich sie ganz unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft sind. Jahrelang sahen sie sich mit gesellschaftlichen Vorurteilen und Klischees am Arbeitsmarkt, bei Sozialleistungen und im Rechtssystem konfrontiert. Auch wenn sich die Situation mittlerweile gebessert hat, schien es geboten, nachhaltigere Maßnahmen zu ergreifen.

Mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds wurde ein Vorhaben unterstützt, das Ende des letzten Jahrzehnts als kleines Pilotprojekt in Madrid begann – und sich in ein nahezu landesweites Programm zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten und zur Bekämpfung von Vorurteilen verwandelt hat. Es umfasst nun 54 Job-Zentren, die in 13 der 17 spanischen Regionen angesiedelt sind, und ein Netz aus 40 nichtstaatlichen Organisationen sowie internationale Kooperationsprojekte mit zwölf Ländern.

So wurden durch das von der *Fundación Secretariado Gitano (FSG)* betreute Programm *Acceder* über 20 000 Roma unterstützt, z. B. beim Erwerb beruflicher Qualifikationen, bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche und beim Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsleistungen. Mehr als die Hälfte der Roma, denen im Rahmen von *Acceder* geholfen wurde, sind jünger als 30 Jahre.

Die Bekämpfung von Vorurteilen und vorgefassten Meinungen über Roma ist fester Bestandteil des Programms und steht im Einklang mit den Anstrengungen der EU zur Bekämpfung von Diskriminierungen aller Art. Die Kampagne unter dem Motto „Ihre Vorurteile beruhen darauf, was die anderen sagen: Gehen Sie der Sache auf den Grund, bevor Sie sich ein Urteil bilden“ will das Problem nicht nur auf die Vermittlung von Arbeitsplätzen oder die Verbesserung der Qualifikationen der Roma beschränken, sondern vielmehr die Anerkennung ihrer Kultur und ihres Platzes in der Gesellschaft – gestützt auf sachliche Informationen statt Mythen – erreichen.



*Ihre Vorurteile beruhen darauf, was die anderen sagen –
eine von der EU geförderte
Antidiskriminierungskampagne.*

Wie funktioniert der

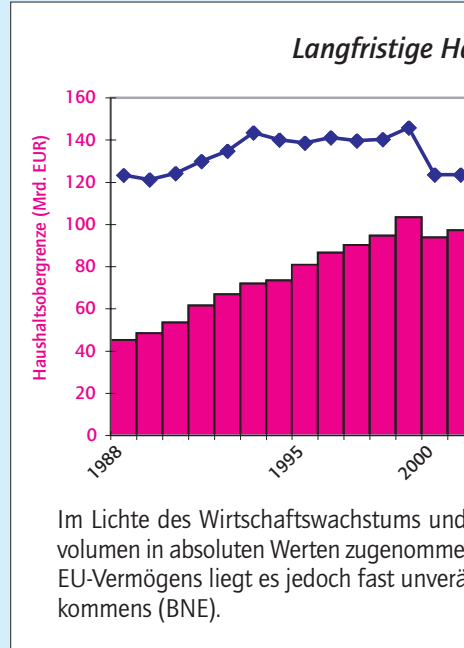
Wer entscheidet über die Ausgaben?

Den Ausgaben der EU geht eine gründlich Planung voraus. Die jährliche Prüfung der geplanten Ausgaben beginnt immer im Frühjahr, wenn die Europäische Kommission ihre Vorschläge für das darauffolgende Jahr vorlegt.

Diese Vorschläge werden vom Europäischen Parlament und vom Ministerrat der Europäischen Union erörtert, bevor der Haushalt im Dezember endgültig verabschiedet wird. Bei über der Hälfte der Haushaltsposten hat das Parlament das letzte Wort. Dazu gehören vor allem Ausgaben für weniger wohlhabende Regionen, Umweltmaßnahmen, Investitionen in Humanressourcen und FuE-Programme. Den Ministerinnen und Ministern hingegen obliegt die letzte Entscheidung über einen Großteil der Agrarausgaben und über Angelegenheiten im Zusammenhang mit Recht, Freiheit, Unionsbürgerschaft und Sicherheit.

Das Verfahren kann nur dann weitergehen, wenn die Mehrheit des Europäischen Parlaments dem Haushalt als Ganzes zustimmt, und zwar mit mindestens drei Fünftel der Stimmen. Auch wenn in dieser Etappe manche Meinungsverschiedenheit zu überwinden ist, steht am Ende immer ein ausgeglichener Haushalt. Defizite sind nicht erlaubt.

Der jährliche Haushalt ist eingebettet in eine langfristige Ausgabenplanung, den so genannten „Finanzrahmen“.

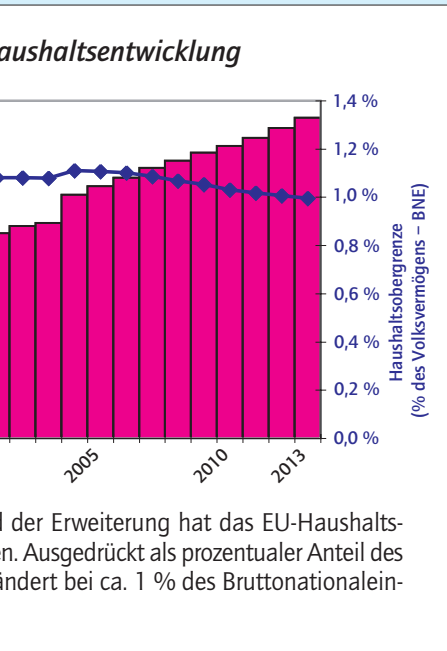


Dieser Finanzrahmen erstreckt sich über einen Zeitraum von sieben Jahren (derzeit von 2007 bis 2013), so dass die EU ihre Investitionsvorhaben mehrere Jahre im Voraus überblicken kann.

Woher kommt das Geld?

Der EU-Haushalt wird im Wesentlichen aus drei „Eigenquellen“ gespeist. Ein Großteil der Mittel – fast drei Viertel – orientiert sich am Wohlstand der Mitgliedstaaten, der anhand des Bruttoinlandsprodukts gemessen wird. Grundlage für die Berechnung der nationalen Beiträge sind Solidarität und Zahlungsfähigkeit. Wenn sich für einige Mitgliedstaaten eine übermäßige Belastung abzeichnet, werden Anpassungen vorgenommen.

r EU-Haushalt?



der Erweiterung hat das EU-Haushalts-
n. Ausgedrückt als prozentualer Anteil des
ändert bei ca. 1 % des Bruttonationalein-

Die übrigen Mittel stammen aus Zöllen und Agrarabschöpfungen (eine Art Einfuhrzoll auf landwirtschaftliche Erzeugnisse) und einem festen Anteil der von den Mitgliedstaaten eingenommenen Mehrwertsteuer (MwSt.). Bei diesen Einnahmequellen kann eigentlich kein bestimmtes Herkunftsland festgestellt werden, da im EU-Binnenmarkt die Mittel nicht unbedingt dort eingenommen werden, wo die zugrunde liegende Transaktion stattfand [z. B. Waren, für die Einfuhrzoll in Valletta (Malta) gezahlt wird und die an einen Kunden in Pécs (Ungarn) gehen].

Kontrollmechanismen

Die EU-Länder stellen allerdings keine Blankoschecks aus. Bereits bei Festle-

gung des Haushalts werden die jährlichen Ausgabenpläne sorgfältig geprüft, und die Europäische Kommission, die für die Verwaltung des Haushalts zuständig ist, muss sich letztlich gegenüber dem Europäischen Parlament für die getätigten Ausgaben verantworten.

Darüber hinaus sind zahlreiche Kontrollen und Gegenkontrollen vorgesehen: interne Rechnungsprüfung, externe Evaluierung, Berichte der EU-eigenen unabhängigen Prüfstelle – des Europäischen Rechnungshofs – und, falls es trotz allem Probleme geben sollte, Untersuchungen durch OLAF, das unabhängige Betrugsbekämpfungsamtsamt der EU. Außerdem arbeitet das Amt mit den zuständigen nationalen Stellen zusammen, um Zollbetrug auf Kosten der EU zu unterbinden (bei Zollbetrug wird die Entrichtung von Einfuhrzöllen umgangen, die einen wesentlichen Bestandteil des EU-Einkommens darstellen).

Frauen und junge Menschen in wissenschaftlichen Berufen – die Situation in Mitteleuropa

Haben Sie sich jemals gefragt,

- warum so viele Frauen ein Hochschulstudium absolvieren, aber so selten in Spitzenpositionen gelangen?
- wie Elternschaft und wissenschaftliche Karriere zu vereinbaren sind?
- welche Vorteile und Nachteile jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern durch Mobilität entstehen?
- welcher Zusammenhang zwischen Mobilität und Geschlecht besteht?
- welches Erbe der Staatssozialismus in Mitteleuropa den Frauen und jungen Menschen im Wissenschaftsbereich hinterlassen hat?

Dann stellen Sie sich dieselben Fragen wie das *Central European Centre for Women and Youth in Science* in Prag. Diese Einrichtung wird von der EU mit Zuschüssen für ein Dreijahresprogramm unterstützt, um Frauen und junge Menschen für Wissenschaftsberufe zu interessieren und ihre Teilnahme an EU-geförderten Forschungsprogrammen zu steigern.

Die Befürworter des Projekts glauben, dass sich trotz – oder gerade wegen – der sozialistischen Gleichbehandlungspolitik nichts an der traditionellen Rollen- und Arbeitsteilung, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Familie, geändert hat. Demzufolge mangelt es vielen Frauen (und auch Männern) an persönlichen Netzwerken, Fachkenntnissen und dem nötigen Selbstvertrauen, um an internationalen Forschungsprojekten teilzunehmen. Außerdem begegnet man jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die mit neuen Kenntnissen aus dem Ausland zurückkehren, bisweilen mit Feindseligkeit.

Dies ist zwar nicht generell der Fall, „doch solange Marginalisierung oder gar Diskriminierung weiter bestehen, muss etwas getan werden“, sagt Marcela Linková, die das Projekt für das Soziologische Institut und die Tschechische Akademie für Wissenschaften koordiniert.

Weitere Projektteilnehmer sind das *Institut National de la Recherche Agronomique* (Frankreich), die *Agenzia per la Promozione della Ricerca Europea* (Italien), die Polytechnische Universität Bukarest (Rumänien), das Jozef-Stefan-Institut (Slowenien), das Philosophische Institut der Slowakischen Akademie für Wissenschaften und die Ungarische Stiftung für Wissenschaft und Technologie.

Die Bedeutung der Forschung

Von den zahlreichen EU-Programmen, die darauf abzielen, Europas Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, ist das Forschungsprogramm das umfangreichste. Forschung und Innovation sind von besonderer Bedeutung für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Ankurbelung des Wachstums, wobei auch die Umweltverträglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklungen Beachtung findet. Dieser Tatsache wurde durch eine massive Steigerung des Forschungsbudgets um 75 % für 2007-2013 gegenüber dem Zeitraum 2000-2006 Rechnung getragen.

Die von der EU geförderten Forschungsprogramme sind durchaus praxisorientiert. Sie liefern das notwendige Wissen zur Unterstützung der EU-Politik in Bereichen wie Gesundheit, Verbraucherschutz, Energie, Umwelt, Entwicklungshilfe, Landwirtschaft, Fischerei, Biotechnologie, Information und Kommunikation. Ein weiteres Anliegen der Programmförderung ist die Wahrung der Chancengleichheit für alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und die Beseitigung von Hindernissen für die Mobilität.

Im Zeitalter der drahtlosen Kommunikation

Technologische Großprojekte verdeutlichen, dass Investitionen auf EU-Ebene ein besseres Ergebnis zeitigen als vereinzelt Anstrengungen. Oft ist eine Zusammenlegung der Ressourcen der einzig gangbare Weg. Das Programm Galileo ist hierfür ein gutes Beispiel. Dabei geht es um die nächste Generation von Satellitennavigationssystemen – „Made in Europe“ –, die für vielerlei Zwecke Verwendung finden: vom effizienten Verkehrsmanagement bis hin zu Such- und Rettungsaktionen auf See. Man geht davon aus, dass diese technologische Entwicklung genauso umwälzende Veränderungen für die Gesellschaft mit sich bringen wird wie das Mobiltelefon und dass dadurch in den kommenden Jahren 100 000 hochqualifizierte Arbeitsplätze entstehen könnten. Es handelt sich hierbei um ein gemeinsames Vorhaben der EU und der Europäischen Weltraumorganisation (ESA), mit Sitz im französischen Toulouse (Verwaltung) bzw. in London (Betriebsverantwortung), das sich vor allem auf das Knowhow französischer, deutscher, italienischer, spanischer und britischer Unternehmen stützt.

*Galileo –
moderne
Technologie
„Made in Europe“*



Die Reform der EU-Zuckerindustrie

Angesichts der Reformen und Preiskürzungen, die am 1. Juli 2006 in Kraft traten, benötigt die EU-Zuckerindustrie dringend neue Ideen für Produktionstechnologie, Verarbeitung und Verwaltung, um die notwendigen Umstrukturierungen einzuleiten. Auch für Polen, den drittgrößten Zuckerproduzenten in der EU, ist dies ein zentrales Anliegen. Daher hat die Warschauer Universität für Technologie (Płock) ein Forschungsprojekt über den Einsatz innovativer Technologien zur Verbesserung der Qualität und Sicherheit zuckerhaltiger Fertig- und Halbfertiggerichte ins Leben gerufen.

Durch die Reformen 2006 wurde der garantierte Mindestpreis für EU-Rübenzucker um 36 % gekürzt und der EU-Markt für die (stärker auf Rohrzucker ausgerichtete) Industrie der Entwicklungsländer geöffnet, wodurch sich die EU vom Zuckerexporteur zum Zuckerimporteur wandelte. Hersteller, die die Produktion aufgeben, erhalten Ausgleichszahlungen und andere Unterstützungsleistungen, während die verbleibenden Betriebe ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern und sich nach alternativen Verwendungszwecken für ihre Produkte umsehen müssen.

Das von Polen koordinierte Projekt TOSSIE (towards sustainable sugar industry in Europe – für eine zukunftsfähige Zuckerindustrie in Europa) baut auf den Ergebnissen früherer, mit EU-Mitteln geförderter Forschungsarbeiten auf, die sich mit neuen Herstellungsmethoden, der Verringerung von Umweltschäden und der biotechnologischen Nutzung von Zuckernebenprodukten befassten. Außerdem wird untersucht, wie die Verwendung von Rohstoffen und Ressourcen (z. B. Energie und Wasser) optimiert werden kann.

Letztlich geht es darum, eine auf Wettbewerbsfähigkeit und Umweltverträglichkeit ausgerichtete Strategie für den Zuckersektor zu konzipieren und eine Technologieplattform für die betroffenen Betriebe zu schaffen. Die EU übernimmt die 100%ige Finanzierung des Projekts, an dem auch die Universität Graz (Österreich), die Universität Maribor (Slowenien), die Universität Ferrara (Italien) sowie Vereinigungen der Technologiebetriebe und zuckerverarbeitenden Industrie in Dänemark, Deutschland, Polen und Italien beteiligt sind.



Polnische Forscher sorgen dafür, dass es der Zuckerindustrie nicht so ergeht wie den Dinosauriern.

Schutz unserer natürlichen Umwelt

Die EU-Bürgerinnen und -Bürger verlangen heutzutage sichere, qualitativ hochwertige Lebensmittel, die ohne vermeidbare Abfälle und Umweltschäden hergestellt werden. Der sinkende Fischbestand in unseren Meeren stellt hier eine besondere Herausforderung dar. So wird mit den für Umweltschutz bereitgestellten Mitteln eine breite Palette von Programmen finanziert, die unter anderem auf die Förderung einer starken, wettbewerbsfähigen Wirtschaft in den ländlichen Gebieten, die Unterstützung des im Anpassungsprozess befindlichen Fischereisektors sowie die Verbesserung des Umweltschutzes abstellen. Diese Programme sorgen für die Berücksichtigung der Umwelt bei allen politischen Entscheidungen und ergänzen Umweltinvestitionen, die an anderer Stelle getätigt werden (Regional- und Kohäsionspolitik, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Fischerei, Außenbeziehungen, Zivilschutz und Forschung usw.).

Ein Großteil der für Umweltschutz bestimmten Mittel geht an die Landwirtinnen und Landwirte, und zwar zum einen, weil die Gemeinsame Agrarpolitik die am besten integrierte aller EU-Politiken und auch eine ihrer ältesten ist, und zum anderen, weil die Landwirtinnen und Landwirte eine wichtige Rolle für die Bereitstellung von Grundnahrungsmitteln und die Erhaltung der Landschaft spielen. Gleichwohl unterscheidet sich die Gemeinsame Agrarpolitik heutzutage ganz wesentlich von dem Bild, das viele Menschen noch immer von ihr haben: als Verursacherin von Überschüssen ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Nachfrage bzw. der

Möglichkeit, Lebensmittel kostengünstiger zu importieren. Laufende Reformen sorgen für einen ausgewogeneren Ansatz, bei dem die Lebensmittelsicherheit und -qualität, der Tierschutz und die Bedürfnisse der gesamten ländlichen Gemeinschaft stärker im Vordergrund stehen.

Unterstützung ländlicher Regionen: mit EU-Mitteln ins moderne Zeitalter.



© Science Photo Library/Alamy Photos Media

Mehr Sicherheit durch moderne Technologien

Die Bekämpfung der Kriminalität in einem Europa ohne Grenzen ist keine leichte Sache, besonders weil die Zahl der Fälle zunimmt und die für komplexe Verbrechen erforderliche Beweisführung bisweilen langwierig sein kann. Gericht und Polizei müssen in der Lage sein, Informationen rasch und sicher auszutauschen, und zwar sowohl innerhalb eines Landes als auch über die Grenzen hinweg, wenn die Justiz erfolgreich arbeiten soll. Ein effizienter Informationsaustausch reduziert Zeitverluste, die entstehen können, wenn Untersuchungen und Gerichtsverfahren durch fehlende Informationen, Beweise und Zeugenaussagen blockiert sind.

Das von der EU geförderte und von einem italienischen Unternehmen koordinierte Projekt „Secure-Justice“ dient dazu, das Leben von Richterinnen und Richtern, Polizistinnen und Polizisten zu erleichtern. Dabei geht es um die Entwicklung eines Systems für den sicheren elektronischen Austausch kriminalistischer Daten, das insbesondere in der Ermittlungsphase und beim Gerichtsverfahren selbst zur Anwendung kommt. Hierbei kann es sich um schriftliche Beweisstücke handeln, es kann aber auch die Videoübertragung von Dolmetschdiensten oder den Zeugenschutz umfassen.

Im Rahmen dieses Projekts werden modernste Datenschutztechniken auf der Grundlage von Biometrik, Kryptografie und digitalen Wasserzeichen erprobt. Die biometrische Merkmalerkennung hilft beispielsweise, entfernte Nutzer (z. B. Zeuginnen und Zeugen) zu identifizieren. Verschlüsselungstechniken ermöglichen es Richterinnen und Richtern, Polizistinnen und Polizisten, über weite Entfernungen hinweg zu kommunizieren, ohne befürchten zu müssen, dass Kriminelle in das System eindringen. Digitale Wasserzeichen gewährleisten die Echtheit von Unterlagen.

An dem Projekt sind sechs italienische Partner beteiligt, darunter das italienische Justizministerium, sowie Unternehmen, Hochschulen und staatliche Stellen aus Dänemark, Frankreich, Griechenland, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Spanien, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich. Das System soll in Gerichtssälen in Varese (Italien) und in Wrocław/Breslau (Polen) sowie bei Ermittlungsarbeiten auf den Kanarischen Inseln (Spanien) getestet werden.

Bürgerinnen und Bürger Europas

Die Land- und Seegrenze der EU mit anderen Ländern erstreckt sich über Zehntausende von Kilometern. Da wir uns innerhalb der EU völlig frei bewegen können, sind genaue Kontrollen an den Außengrenzen erforderlich. Dies liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, und die Grenzen der jeweiligen Länder müssen im Interesse aller überwacht werden.

In ihrem Hoheitsgebiet will die EU einen gemeinsamen Raum der Freiheit, des Rechts und der Sicherheit errichten. Dann geht das Konzept der Unionsbürgerschaft über einige gemeinsame Wertvorstellungen hinaus und wird zur konkreten Realität. Auch sollten sich die europäischen Bürgerinnen und Bürger EU-weit sicher fühlen und dieselben Rechte genießen. Kriminelle hingegen dürfen sich nicht in Sicherheit wiegen, nur weil sie die Grenze zu einem anderen EU-Land überschritten haben.

Die Unionsbürgerschaft zu verwirklichen heißt aber auch, die Lebensqualität der EU-Bürgerinnen und -Bürger zu verbessern. Dies soll durch folgende Maßnahmen geschehen:

- Investitionen in die öffentliche Gesundheit angesichts der ungleichen Verteilung schwerer Krankheiten und Verfolgung eines gemeinsamen Konzepts zur Bekämpfung weltweiter Gesundheitsbedrohungen;
- Förderung eines EU-weit gleich hohen Verbraucherschutzniveaus, Wahrung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt Europas;
- Unterstützung des Austauschs zwischen Menschen und Gemeinschaften.

*Biometrische Erkennung
verhilft der Justiz zu mehr
Effizienz in grenz-
überschreitenden Fällen.*



© SP4/Am. Pnyss Media

Dieses „europäische“ Gefühl

Auch mit geringen Mitteln kann eine große Wirkung erzielt werden: Für Austauschprogramme im Bereich Bildung und Ausbildung stehen zwar weniger als 2 % der Haushaltsmittel zur Verfügung, doch sind sie überaus erfolgreich. Am Erasmus-Programm beispielsweise sind jährlich über 2 000 Hochschulen beteiligt, und ca. 175 000 Studierende und 29 000 Lehrbeauftragte werden mit Zuschüssen unterstützt. Weitere Programme gibt es für die berufliche Bildung, für Schulen und junge Menschen.

Zudem werden Marie-Curie-Stipendien an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vergeben. Mit Hilfe eines solchen Stipendiums konnte Árpád Bokor aus Ungarn sechs Monate bei der *Animal Breeding and Genetics Group* der Universität Wageningen (Niederlande) verbringen. „In Ungarn gibt es nur wenige Forschungsmöglichkeiten im Bereich der Pferdezucht, daher stellte dies eine große Chance dar“, erklärt er. „Hier konnte ich mit Forscherinnen und Forschern zusammenarbeiten, die auch beachtliche Erfolge auf dem verwandten Gebiet der Humangenetik erzielt haben. Ich habe mir viel theoretisches Wissen angeeignet und auch gelernt, mit komplizierten Gentechnikprogrammen für Hightech-Computer umzugehen.“ Aber es gab nicht nur Arbeit: „Leider war die Zeit knapp, um an den vielen anderweitigen Aktivitäten teilzunehmen, die mich interessiert hätten“, stellt er mit Bedauern fest.

Helene Schönheinz aus Österreich erhielt durch Erasmus Gelegenheit, im Rahmen ihres Studiums, das sie an einer britischen Universität absolviert, ein Jahr in Valencia (Spanien) zu verbringen. Dabei kam ihr die Tatsache zugute, dass für EU-Bürger Zugangserleichterungen zu Universitäten in der ganzen EU bestehen. „Dank der EU“, sagte sie, „konnte ich in zwei anderen Ländern leben und das Motto der EU ‚In Vielfalt geeint‘ in der Praxis erfahren. Durch dieses Programm habe ich mich auch persönlich weiterentwickelt und konnte meine Karrierechancen verbessern. Die Menschen beklagen häufig, dass es der EU an Bürgernähe mangelt. Ich hingegen habe Europa tagtäglich erlebt. Ich bin überzeugt, dass das Erasmus-Programm zur Stärkung des europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls beiträgt.“

Und Katy Ayres aus dem Vereinigten Königreich pflichtet bei: „Während meines Studiums des internationalen Rechts in Utrecht (Niederlande) habe ich gelernt, was es heißt, Europäerin zu sein. Ich fühle mich nun durch und durch als Europäerin und bin stolz darauf.“

Globale Verantwortung

Mit fast 500 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, einem Viertel des Weltwirtschaftsvermögens, als weltweit größtem Handelsblock und Geberin von Entwicklungshilfe befindet sich die EU in einer Position, die ihr erlaubt, das Weltgeschehen maßgeblich zu beeinflussen. In gewissen Situationen mögen einzelne Mitgliedstaaten aufgrund ihrer Geschichte oder geografischen Lage über besondere Ressourcen oder diplomatische Einflussmöglichkeiten verfügen, die sie am besten selber einsetzen, doch ist ein kollektives Vorgehen der EU meist erfolgreicher als die Summe vieler Einzelbemühungen.

Durch ihre gemeinsame Handelspolitik hat die EU bereits ein beachtliches wirtschaftliches Gewicht. Außerdem spricht sie in der Außen- und Sicherheitspolitik zunehmend mit einer Stimme. Ihr fällt aufgrund ihrer Stellung in der Welt ferner Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung, die Beseitigung der Armut und die Friedenssicherung über ihre Grenzen hinaus zu. In einer globalisierten Welt darf die EU diese Fragen nicht vernachlässigen. Deshalb stellt sie jährlich ca. 9 Mrd. EUR für Entwicklungshilfe, humanitäre Hilfe, technische Unterstützung und friedenserhaltende Maßnahmen bereit.

Eine weitere Priorität sind die Nachbarn der EU. Dazu gehören zum einen Länder, die eines Tages der EU beitreten, und zum anderen unmittelbar angrenzende oder nahe gelegene Länder im Mittelmeerraum und in Südost-/Osteuropa.

Die EU arbeitet mit diesen Ländern zusammen, um sich in politischen Fragen abzustimmen, z. B. in Bezug auf Handels- und Umweltschutzvorschriften, Energie, Kommunikation, allgemeine und berufliche Bildung und Einwanderung. Die Unterstützung dieser Länder bei der Wirtschaftsreform und Konsolidierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit liegt im Interesse der Stabilität an den EU-Grenzen und trägt zur Belebung des Handels durch konjunkturellen Aufschwung bei.

Unterstützung der Opfer eines Wirbelsturms durch das Europäische Amt für humanitäre Hilfe.



© ECHO/François Duboc

Die EU-Verwaltung – weniger aufwändig als man denkt

Der EU wird manchmal vorgeworfen, dass sie über einen viel zu großen Verwaltungsapparat verfüge. In Wirklichkeit haben die EU-Institutionen insgesamt 40 000 Bedienstete – in vielen Mitgliedstaaten entspricht dies der Zahl der Bediensteten eines Ministeriums. Tatsächlich sind nationale Ministerien oft noch größer, obgleich sie im Allgemeinen nicht in mehreren Sprachen arbeiten müssen.

Die Verwaltungsausgaben der EU-Institutionen machen weniger als 6 % des Haushalts aus. Darin sind nicht nur die Betriebskosten der Europäischen Kommission, sondern auch aller anderen Institutionen (z. B. Rat der Europäischen Union und Europäisches Parlament) sowie die Kosten für die Mehrsprachigkeit enthalten.

Das Arbeiten in mehreren Sprachen ist zwar kostenaufwändig, doch handelt es sich hierbei um ein wichtiges Grundprinzip. Es sollte selbstverständlich sein, dass die EU-Ministerinnen und -Minister und -Parlamentsmitglieder die Interessen ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Landessprache verteidigen können und dass die Rechtsvorschriften, die die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen, in ihrer eigenen Sprache formuliert sind. Zudem legt die EU großen Wert auf die Wahrung der kulturellen Vielfalt.

In der Praxis wird das meiste Geld in den Mitgliedstaaten selber ausgegeben, und die EU – weit von dem Klischee des Elfenbeinturms entfernt – ist in Wirklichkeit den Bürgerinnen und Bürgern sehr nahe, wie die in dieser Broschüre angeführten Beispiele zeigen.

Mehr zum Thema



Die Tätigkeitsbereiche der Europäischen Union:
europa.eu/pol/index_de.htm

Panorama der Europäischen Union:
europa.eu/abc/panorama/index_de.htm

Website der Europäischen Kommission zum Haushalt:
ec.europa.eu/budget

Der EU-Haushalt in Zahlen:
ec.europa.eu/budget/publications/budget_in_fig_de.htm

Europäische Kommission

In unsere gemeinsame Zukunft investieren
Der Haushalt der Europäischen Union

Reihe: *Europa in Bewegung*

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

2007 – 22 Seiten – 16,2 x 22,9 cm

ISBN 92-79-02840-5

Mit nur 1 % des EU-Gesamtvermögens jährlich widmet sich die EU dem Aufbau unserer gemeinsamen Zukunft und erfüllt Aufgaben im Sinne ihrer globalen Verantwortung. Die Finanzierungsbeschlüsse orientieren sich daran, ob die Ausgaben am besten auf EU- oder auf nationaler Ebene getätigt werden. Es geht vor allem darum, die Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft angesichts der modernen Entwicklungen steht, im Hinblick auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die EU-Bürgerinnen und -Bürger zu bewältigen. Daher werden die Mittel vor allem dafür verwendet, das Einkommens- und Sozialgefälle in der EU zu verringern, die durch die Grenzöffnung ermöglichte Mobilität zu fördern, Freiheit, Sicherheit und Recht innerhalb der EU-Außengrenzen zu verbessern und die kulturelle Vielfalt der EU zu unterstützen. Große Summen werden auch außerhalb der Grenzen ausgegeben, in Erfüllung der globalen Verantwortung, die sich für die EU aus ihrem wirtschaftlichen und politischen Gewicht ergibt.

Weitere Informationen über die Europäische Union



Im Internet

Informationen in allen Amtssprachen der Europäischen Union sind auf dem Server Europa verfügbar:
europa.eu



Besuchen Sie uns!

In ganz Europa gibt es Hunderte von örtlichen EU-Informationszentren. Die Anschrift des nächstgelegenen Zentrums finden Sie unter: europedirect.europa.eu



Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns!

Europe Direct ist ein Dienst, der Ihre Fragen zur Europäischen Union beantwortet. Sie können diesen Dienst gebührenfrei in Anspruch nehmen unter: **00 800 6 7 8 9 10 11** [oder gebührenpflichtig von außerhalb der EU: (32-2) 299 96 96] oder per E-Mail über europedirect.europa.eu



Lesen Sie über Europa

Veröffentlichungen über die EU sind nur einen Mausklick entfernt auf der Website des EU Bookshop:
bookshop.europa.eu

Für Auskünfte und Veröffentlichungen über die Europäische Union in deutscher Sprache wenden Sie sich bitte an:

VERTRETUNGEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, D-10117 Berlin
Tel. (49-30) 22 80-2000
Fax (49-30) 22 80-2222
Internet: www.eu-kommission.de
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu

Vertretung in Bonn

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4, D-53111 Bonn
Tel. (49-228) 530 09-0
Fax (49-228) 530 09-50
E-Mail: eu-de-bonn@ec.europa.eu

Vertretung in München

Erhardtstraße 27, D-80331 München
Tel. (49-89) 24 24 48-0
Fax (49-89) 24 24 48-15
E-Mail: eu-de-muenchen@ec.europa.eu

Vertretung in Belgien

Rue Archimède 73, B-1000 Bruxelles
Tel. (32-2) 295 38 44
Fax (32-2) 295 01 66
Internet: ec.europa.eu/belgium/
E-Mail: COMM-REP-BRU@ec.europa.eu

Vertretung in Luxemburg

Europahaus
7, rue du Marché-aux-Herbes
L-1728 Luxembourg
Tel. (352) 43 01-34925
Fax (352) 43 01-34433
Internet: ec.europa.eu/luxembourg/
E-Mail: comm_rep_lux@ec.europa.eu

Vertretung in Österreich

Kärntner Ring 5-7, A-1010 Wien
Tel. (43-1) 516 18 0
Fax (43-1) 513 42 25
Internet: ec.europa.eu/austria/
E-Mail: comm-rep-vie@ec.europa.eu

Delegation bei den internationalen Organisationen in Wien
www.delvie.ec.europa.eu/
http://www.delvie.ec.europa.eu/en/about_us/contact.htm

BÜROS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Informationsbüro für Deutschland

Europäisches Haus
Unter den Linden 78, D-10117 Berlin
Tel. (49-30) 22 80-1000
Fax (49-30) 22 80-1111
Internet: www.europarl.de
E-Mail: EPBerlin@europarl.europa.eu

Informationsbüro München

Erhardtstraße 27
80469 München
Tel. (49-89) 20 20-8790
Fax (49-89) 20 20-87973
Internet: www.europarl.de
E-Mail: epmuenchen@europarl.europa.eu

Informationsbüro für Belgien

Rue Wiertz 60, B-1047 Bruxelles
Tel. (32-2) 284 20 05
Fax (32-2) 230 75 55
Internet: www.europarl.europa.eu/brussels/
E-Mail: epbrussels@europarl.europa.eu

Informationsbüro für Luxemburg

Europahaus
7, rue du Marché-aux-Herbes
L-2929 Luxembourg
Tel. (352) 43 00-22597
Fax (352) 43 00-22457
Internet: europarl.europa.eu/
E-Mail: epluxembourg@europarl.europa.eu



Informationsbüro für Österreich

Kärntner Ring 5-7, A-1010 Wien
Tel. (43-1) 51 61 70
Fax (43-1) 513 42 25
Internet: www.europarl.at
E-Mail: epwien@europarl.europa.eu

Vertretungen der Europäischen Kommission und Büros des Europäischen Parlaments bestehen auch in den übrigen Ländern der Europäischen Union. Delegationen der Europäischen Kommission bestehen in Drittländern bzw. bei internationalen Organisationen auch in EU-Mitgliedstaaten.

Die Europäische Union



 Mitgliedstaaten der Europäischen Union
 Kandidatenländer

DE



Mit nur 1 % des EU-Gesamtvermögens jährlich widmet sich die EU dem Aufbau unserer gemeinsamen Zukunft und erfüllt Aufgaben im Sinne ihrer globalen Verantwortung. Die Finanzierungsbeschlüsse orientieren sich daran, ob die Ausgaben am besten auf EU- oder auf nationaler Ebene getätigt werden. Es geht vor allem darum, die Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft angesichts der modernen

Entwicklungen steht, im Hinblick auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die EU-Bürgerinnen und -Bürger zu bewältigen. Daher werden die Mittel vor allem dafür verwendet, das Einkommens- und Sozialgefälle in der EU zu verringern, die durch die Grenzöffnung ermöglichte Mobilität zu fördern, Freiheit, Sicherheit und Recht innerhalb der EU-Außengrenzen zu verbessern und die kulturelle Vielfalt der EU zu unterstützen. Große Summen werden auch außerhalb der Grenzen ausgegeben, in Erfüllung der globalen Verantwortung, die sich für die EU aus ihrem wirtschaftlichen und politischen Gewicht ergibt.



Amt für Veröffentlichungen

Publications.europa.eu

ISBN 92-79-02840-5



9 789279 028403